

#SOZIALPOLITIK 06. September 2024

Zukunftswerkstatt Sozialpolitik

Am 4. und 5. September fand in Frankfurt am Main die Zukunftswerkstatt Sozialpolitik der EVG unter dem Titel "Ehrenamt & erfolgreiche Sozialpolitik : Ein Widerspruch? Nein!" statt



Der Austausch untereinander, vor allem aber die fachliche Information, standen im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung „Zukunftswerkstatt Sozialpolitik“, die diesmal im Frankfurt stattfand. Andreas Güth, Geschäftsstellenleiter Frankfurt/Main, ging in seinem Grußwort an die 50 Teilnehmenden auf die aktuellen Wahlen in Thüringen und Sachsen ein und betonte die Wichtigkeit der Sozialpolitik sowie des Ehrenamts in den Betrieben und der Selbstverwaltung für den Erhalt des sozialen Friedens.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag auf dem Thema „Gesundheit und Pflege“. Erläutert wurde unter anderem die prekäre Lage der Krankenhäuser und die Frage, wie die drohende Beitragserhöhungswelle in der gesetzlichen Krankenversicherung verhindert werden könnte. Die EVG betrachtet mit Sorge die steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege, die aktuell

durchschnittlich bei 2.871 Euro im Monat liegen. Immer mehr Pflegebedürftige können sich das nicht mehr leisten, die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beantragen müssen, steigt.

Christine Enenkel, Vorständin der BAHN-BKK, informierte über die Leistungen der Betriebskrankenkasse, deren rund 650.000 Versicherte überwiegend bei der Deutschen Bahn beschäftigt sind oder waren. Sie verwies auf die drei „Vitalkliniken“, die sich als Gesundheitsdienstleister in der Rehabilitation, Anschlussheilbehandlung und Prävention verstehen. Das Besondere am Standort Bad Malente seien beispielsweise spezielle Angebote zur Behandlung posttraumatischer Behandlungsstörungen (PTBS).

Christian Runzer, Referent der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn- See, informierte über das spannende Thema Rente – und erläuterte Pläne der Regierung, Anreize zu längerem Arbeiten zu schaffen.

„Die „Renten-Aufschubprämie“, die dafür sorgen soll, dass Menschen auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze noch bis zu drei Jahre weiterarbeiten, hilft den Beschäftigten bei Bus und Bahn häufig nicht. „Wir brauchen Angebote für die Beschäftigten bei Bus und Bahn, die ausgelaugt sind von ihrer Arbeit und früher in Rente gehen müssen“, wurde in der Diskussion deutlich gemacht. In diesem Zusammenhang wurde zudem die Forderung erhoben, die Betriebsrenten zu stärken.

Aktuelle Informationen aus der Unfallversicherung Bund und Bahn, bei der die meisten Beschäftigten der DBAG versichert sind, hatte deren Geschäftsführer Johannes Spies mitgebracht. Arbeitsschutz und Prävention stellen Schwerpunkte der UVB dar. Er berichtete von den vielen Vor-Ort-Besichtigungen, bei denen die betriebliche Interessensvertretung eingebunden sei.

Die stellvertretende Vorsitzende der EVG, Cosima Ingenschay, erläuterte die Forderungen, die jüngst von der Zentralen Tarifkommission NE für die bevorstehenden Verhandlungen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen außerhalb der DB AG beschlossen wurden. Auf besonderes Interesse stieß dabei der „EVG-Zug“ – ein „Zusatzgeld“ innerhalb der angestrebten Tarifierhöhung, das von Schichtarbeitenden, sowie Beschäftigten die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen in Freizeit umgewandelt werden könnte.

Ergänzend erläuterte Jörg Kronberg, Leiter der EVG-Abteilung „Mitglieder und Organisation“, auf welcher Basis die Forderungen entstanden sind. Die EVG hat im Vorfeld in allen NE-Betrieben Mitgliederbefragungen vor Ort sowie online durchgeführt. Derzeit laufen die Überlegen, in welchem Umfang ähnliche Aktionen zu Beginn der Tarifrunde bei der DB AG stattfinden könnten.

Keine sozialpolitische Veranstaltung der EVG ohne den Austausch untereinander und mit den Sozialpartnern der EVG. So auch dieses Jahr. Nach zwei intensiven Tagen ging die Veranstaltung mit dem Versprechen zu Ende, dass es auch im kommenden Jahr eine Fortsetzung geben wird.



